

Boltenhagen spart durch den Amtsanschluss

Pro Jahr fallen etwa 110 000 Euro weniger Verwaltungskosten an, trotz eines Ausgleichs von 80 000 Euro ans Amt Klützer Winkel.

Von Sylvia Kartheuser

Boltenhagen – Der Anschluss ans Amt Klützer Winkel macht sich für Boltenhagen positiv in der Kasse bemerkbar. „Ich habe mir mal die Zahlen aus dem Haushalt herausgesucht. Danach sieht es so aus, als würden wir einiges an Verwaltungskosten sparen“, sagt der amtierende Bürgermeister Christian Schmiedeberg (CDU).

Sein Bruder Hans-Otto Schmiedeberg, ebenfalls CDU, ist Vorsitzender des Finanzausschusses. In dieser Funktion hat er sich mit der finanziellen Situation von Boltenhagen befasst. Er belegt die Eindrücke des derzeitigen Bürgermeisters mit Zahlen. „Bis zum 30. Juni dieses Jahres haben wir etwa 290 000 Euro an Personalkosten für die Verwaltung in Boltenhagen ausgegeben“, erklärt Schmiedeberg. Hinzu kämen etwa 67 000 Euro an Sachkosten.



Die Leistungsfähigkeit der eigenen Verwaltung reichte schlicht nicht aus.“

Hans-Otto Schmiedeberg (CDU)

Die Einnahmen bis zum Tag vor dem Anschluss ans Amt Klützer Winkel betragen laut Hans-Otto Schmiedeberg aber nur etwa 87 000 Euro. Damit habe die Verwaltung allein im ersten Halbjahr einen Zuschuss von 270 000 Euro benötigt. „Die Umlage, die wir ans Amt Klützer Winkel zahlen müssen, beträgt halbjährlich 177 000 Euro, das sind circa 93 000 Euro weniger, als uns die eigenständige Verwaltung kosten würde“, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses. Und dabei müsse die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen noch von 2012 bis 2014 einen Ausgleich an das Amt Klützer Winkel zahlen. So sieht es der öffentlich rechtliche Vertrag vor, den die Gemeinde und das Amt vor ihrer Ehe geschlossen haben.

Dennoch müsse Boltenhagen pro Jahr etwa 110 000 Euro weniger zahlen, als für eine eigenständige Verwaltung. Nach 2014 seien es



Wir hoffen, dass der Ausgleich ans Amt nach 2014 wegfallen kann.“

Kämmerin Katrin Schmidt

sogar 190 000 Euro weniger, hat Hans-Otto Schmiedeberg ausgerechnet.

Katrin Schmidt, seit 1. April Kämmerin im Amt Klützer Winkel, bestätigt die Zahlen. Bis 2014 zahle Boltenhagen gemäß des abgeschlossenen Vertrages einen Ausgleich von etwa 80 000 Euro. „Wir hoffen, dass danach kein Ausgleich mehr zu zahlen ist“, sagt sie. Allerdings seien die Zahlen anhand der heutigen Haushalte hochgerechnet. Es gebe jedoch noch Unwägbarkeiten, warnt Katrin Schmidt. Die Ersparnis könnte auch durchaus geringer ausfallen. „Wir wissen zum Beispiel noch nicht, wie sich die Umlagegrundlage in den kommenden Jahren verändert“, erklärt Schmidt.

Das Wort vom „Verkauf der Gemeinde“, das in Boltenhagen derzeit die Runde mache, gehe von falschen Fakten aus, so Hans-Otto Schmiedeberg. Tatsache sei hingegen, dass etliche Investitionen zwar in den Haushalten eingestellt gewesen, aber nie umgesetzt worden seien. Beispiele seien eine geplante Bustasche an der Ostseeallee und die Sanierung der Tarnewitzer Chaussee. Das sei „Beweis genug, dass unsere Verwaltung nicht genügend leistungsfähig ist“, betonte Schmiedeberg.